

**Luzerner Metro-Projekt
Diskussion sollte
gewagt werden**

Vor fünf Jahren sorgte ein für unsere Region auffällig gross angedachtes Projekt für Aufsehen. Eine Metro-Linie soll die Luzerner Stadtperipherie mit dem Schwanenplatz im Herzen der Stadt verbinden. Statt das Zentrum zu verstopfen, den Verkehr zu lähmen und die Gemüter der Einheimischen zu erhitzen, sollen Cars in Zukunft in einem Parkhaus im Ibach abgestellt werden, und die Touristen könnten nach kurzer Metro-Fahrt dem Untergrund des Schwanenplatzes entsteigen – so weit die Idee. Damals, 2013, wurde eine Inbetriebnahme für das Jahr 2018 als möglich angesehen.

Mittlerweile schreiben wir das Jahr 2018. Und die Gemüter sind immer noch erhitzt. In der Stadt ist vom im Stau stehenden Automobilisten, von den Buspassagieren bis hin zum sich immer unsicherer fühlenden Velofahrer kaum ein Verkehrsteilnehmer zu finden, der nicht regelmässig ein paar böse Worte über die Situation zu verlieren hat. Die Metro-Idee ist in den Hintergrund gerückt, stattdessen hat sich die Debatte auf unterirdische Car-Parkplätze am Schweizerhof und im Museggügel verlagert. Doch die Metro-Initianten wollen nicht mehr im Hintergrund bleiben. Neben der im Juni eingereichten Initiative «Die Metro Luzern verdient eine Chance» machen sie mit der Fürsprache von Expertengrössen wie dem «Vater» der Zürcher Durchmesserlinie, Paul Stopper, wieder auf sich aufmerksam (siehe Seite 13/14).

Das Metro-Projekt verdient tatsächlich eine Chance – die Chance, in der Öffentlichkeit vertiefter diskutiert zu werden als bis anhin. Denn trotz der populären Gegenüberstellung mit den erwähnten Parkplatz-Vorhaben ist das Infrastrukturprojekt nicht wirklich vergleichbar. Die Cars würden nicht ins Zentrum fahren, sondern im eher wenig entwickelten Gebiet Ibach zum Stehen kommen. Mit dem Zwischenhalt beim Kantonsspital wären auch aktuelle und prognostizierte Parkplatzprobleme dieser Institution angegangen. Die Krux bei der Sache ist – wie so oft – die Finanzierung der 400-Millionen-Franken-Idee. Doch ohne politische Signale werden auch potenzielle Investoren nicht hervorgelockt. Trotz der Unsicherheit weckenden Grösse des Projekts ist es eigentlich schade, dass sich die «Diskussion» durch den Stadtrat seit über vier Jahren auf ein kategorisches Nein beschränkt.



Sasa Rasic, Leiter «Zentralschweiz am Sonntag»
sasa.rasic@luzernerzeitung.ch

Analyse zur Revision des Erbrechts

Im Schneckentempo

Unverheiratete Paare sollen sich gegenseitig im Testament besser berücksichtigen können. Dazu will der Bundesrat die gesetzlichen Pflichtteile für Kinder senken und jenen für Eltern abschaffen. Eine Härtefallregelung soll zudem verhindern, dass Unverheiratete Sozialhilfe beanspruchen müssen, obwohl ihr verstorbener Partner genügend Mittel hinterlassen hätte.

Ziel von all dem ist, den veränderten gesellschaftlichen Realitäten Rechnung zu tragen. Schliesslich sind seit Inkrafttreten des Erbrechts mehr als 100 Jahre vergangen. Von Konkubinat oder Patchworkfamilien sprach damals keiner, Scheidungen waren die grosse Ausnahme, uneheliche Kinder galten als Schande.

Heute wachsen Kinder oft nicht mehr nur bei ihren leiblichen Eltern auf, sondern leben nur bei einem Elternteil, der selbst wieder einen neuen Partner oder eine neue Partnerin hat. Die Ehe hat ihre Monopolstellung verloren, es gibt zahllose Beziehungen ohne Trauschein, auch mit Kindern.

Trotz dieser tiefgreifenden Umwälzungen ist die Revisionsvorlage alles andere als revolutionär. Auf eine gänzliche Abschaffung des Pflichtteils zum Beispiel wird verzichtet, vorgeschlagen werden nur Änderungen in kleinen Schritten. Auch für diesen Minimalkonsens brauchte es allerdings über sieben Jahre, stammt doch der parlamentarische Auftrag für die Flexibilisierung des Erbrechts vom Sommer 2011.

Die Revision des Erbrechts ist ein weiterer Baustein, mit dem die rechtlichen Rahmenbedingungen an den gesellschaftlichen Wandel angepasst werden. Das Muster ist dabei stets das

gleiche: Die Änderungen erfolgen jeweils mit grosser Verzögerung, schüren Emotionen und kommen selbst für schweizerische Verhältnisse nur im Schneckentempo ans Ziel.

Das begann schon mit dem neuen Ehe- und Familienrecht, das Ende der 1980er-Jahre die patriarchale Ordnung mit dem Mann als Familienoberhaupt ablöste. Bevor die gleichberechtigte Partnerschaft als Basis für die Ehe ins Gesetz geschrieben werden konnte, musste eine Referendumsabstimmung gegen den damaligen SVP-Nationalrat Christoph Blocher gewonnen werden. 2000 folgte das neue Scheidungsrecht, mit dem sich der Staat von der Schuldfrage bei der Auflösung der Ehe verabschiedete und den Frauen im Scheidungsfall die Hälfte der ehelichen Ersparnisse zusprach.

Das revidierte Kindesunterhaltsrecht, das auf Anfang 2017 in Kraft getreten ist, stellt immerhin einen ersten Schritt dar, dass jedes Kind gegenüber seinen Eltern Anspruch auf gebührenden Unterhalt hat – unabhängig davon, ob diese

miteinander verheiratet sind oder nicht. Das neue Adoptionsrecht schliesslich, das seit Anfang Jahr gilt, erlaubt die Stiefkindadoption nicht mehr ausschliesslich Ehepaaren, sondern auch Paaren in einer faktischen Lebensgemeinschaft sowie in einer eingetragenen Partnerschaft, welche notabene ebenfalls erst seit 2007 möglich ist.

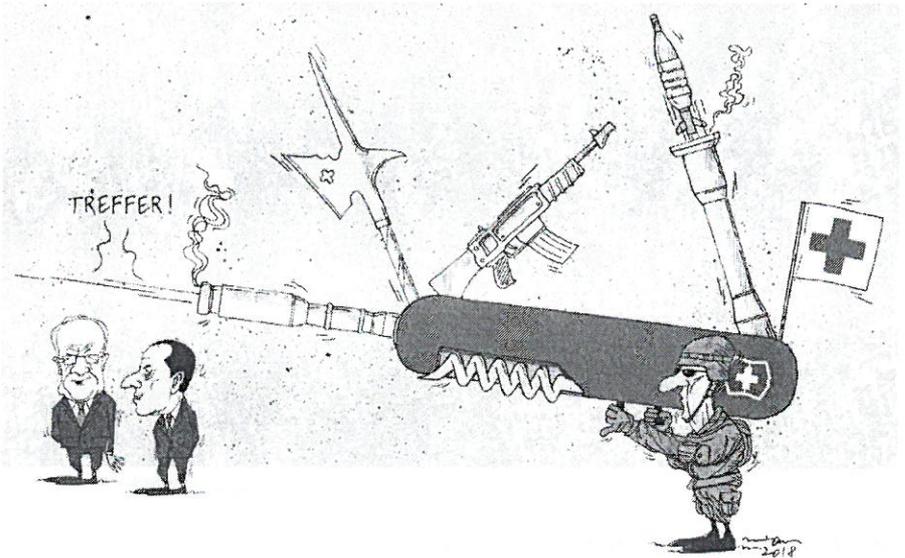
Mit all diesen Neuerungen trägt das Gesetz gemäss dem jüngsten Familienbericht des Bundes dem Umstand Rechnung, «dass die Ehe nicht mehr die einzige gesellschaftlich anerkannte Lebens- und Familienform ist». Allerdings ist sie in der Schweiz weiterhin stark verbreitet, wie in dem Bericht ebenfalls steht. Vor diesem Hintergrund macht das Schneckentempo Sinn. Gerade auch im Erbrecht.



Eva Novak

Die Ehe hat ihre Monopolstellung verloren.

Toms Welt Verbot von Waffenexporten soll gelockert werden



Eigenwillige Prävention

Wenn schon Drogen, dann bitte umweltverträgliche

Neulich liess sich der holländische Politiker Ferdinand Grapperhaus zu einem amüsanten Statement hinreissen. Eines, das man von einem Justizminister nicht erwarten würde. Der 58-jährige Christdemokrat zeigte sich besorgt über die Ergebnisse einer Polizeistudie, die besagt, dass sein Land in Sachen Herstellung und Vertrieb von synthetischen Drogen weltweit an der Spitze liegt. Er wolle nun deutlich konsequenter gegen die Drogenmafia vorge-

hen. So weit, so gut und im Rahmen des zu Erwartenden. Bizarrr war aber, was danach folgte: Grapperhaus appellierte eindringlich an das Umweltbewusstsein seiner Ecstasy konsumierenden Mitbürger. «Wenn sie solche Rauschmittel konsumieren, muss ihnen bewusst sein, dass pro Kilo Ecstasy acht Kilo chemischen Abfalls entstehen.» Was will uns Grapperhaus damit genau sagen? Sicher hat er in der Sache

recht. Ich glaube ihm zumindest. Aber hat jemand schon einmal etwas vom weit verbreiteten ökologischen Problem der Abfallentsorgung nach illegalem Drogenherstellen gehört? Die Fans der US-Kultserie «Breaking Bad», in der ein krebserkrankter Chemielehrer aus Geldnot zum Drogen-«Koch» wird, seien hier ausgenommen. Doch unsere Gesellschaft plagt zweifelsohne andere, drängendere Umweltsorgen. Zudem: Von einem konservativen Minister

würde man eher erwarten, die Jugend gänzlich zum Drogenverzicht aufzurufen oder mehr Prävention zu fordern. Grapperhaus spricht aber lieber das grüne Gewissen an. Das erscheint auf den ersten Blick seltsam, ist vielleicht aber einfach nur schlau. Ein Drogen konsumierender Hipster lässt sich von Moralpredigten über Ecstasy kaum beeindruckend. Als veganer Mülltrenner, der nur Bio-Sojamilch in den Lattes macchiato schüttet, kann er

ein solch derbes Produkt-Abfall-Verhältnis aber kaum gutheissen. Vielleicht ist Grapperhaus aber auch ein heimlicher Fan des Kiffens. Das ist ja – für einen Justizminister nicht ganz unwichtig – in Holland erlaubt. Und die Cannabisproduktion tut Mutter Erde ganz und gar nicht weh. Aus diesem Verdacht heraus lässt sich Grapperhaus' Appell auch anders interpretieren: Wenn ihr schon Drogen konsumiert, dann

doch bitte umweltverträgliche (und somit besser kiffend). Dazu passt, dass man sich in Holland gerade daran macht, den Hanf-anbau städtisch kontrolliert zuzulassen. Die Idee stammt vom sozialliberalen Koalitionspartner D66 und nicht von Grapperhaus' Christdemokraten. Ausdrücklich grün sind diese nicht, vermutlich befinden sich in ihren Reihen aber viele Fans von «Breaking Bad».

Stefan Welzel